



Angela Merkel erneut zur Kanzlerin gewählt: Von den 709 Abgeordneten des Bundestags gaben 692 ihre Stimme bei der Kanzlerwahl ab. 364 davon votierten für Angela Merkel. Die notwendige Kanzlermehrheit erreichte sie bereits im ersten Wahlgang. Ich gratuliere von ganzem Herzen!

Demokratie europäisch gedacht – Können wir von Brüssel lernen?

„Wer seine Arbeit sehr gut gemacht hat, sollte weitermachen“

Die Koalitionäre CDU, CSU und SPD haben ihre Vorstellungen von der Besetzung der Ministerien an oberster Spitze bekanntgegeben. Reicht das als demokratische Legitimation? Für mich nicht.

Welche Grundqualifikation die Kandidaten mitbringen müssen, bleibt mir zumindest verborgen. Ich stelle mir vielmehr vor, dass sich die designierten Ministerinnen und Minister in einer Anhörung dem Bundestag oder zumindest den entsprechend ihres Fachgebietes zuständigen Ausschüssen stellen. Den demokratisch gewählten Damen und Herren Abgeordneten sollte das Recht eingeräumt werden, die Kandidaten auf fachliche sowie menschliche Eignung zu „prüfen“ und schließlich über ihre Einsetzung abzustimmen. So in etwa machen wir es in Brüssel jedenfalls mit den designierten Kommissarin-

nen und Kommissaren. Trotz der Kompetenzunterschiede sehe ich Kommissare und Minister vergleichbar!

Was ich wohl nie so richtig verstehen werde, ist die „Versetzung“ von Ministerinnen und Ministern an die Spitze anderer Ministerien. Wer seine Arbeit sehr gut gemacht hat und entsprechend sachkundig ist, der sollte seinen Job doch auch weitermachen und nicht mit einem neuen Sachgebiet betraut werden. Hat ein Regierungsmitglied seine Arbeit nicht gut gemacht, dann sollte er die „Bühne“ verlassen (müssen). Sind Minister denn Alleskönner? Und wie sollen unsere Bürgerinnen und Bürger verstehen, dass Spitzenkandidaten sowie besonders beliebte Minister mal eben zum Teufel gejagt werden können?

Als ewiger Optimist vertraue ich natürlich auf einen erfolgreichen Neuanfang der GroKo mit dem neuen Kabinett.

Konsultation: Europäische Woche des Sports

Die Europäische Woche des Sports ist eine von der EU-Kommission geleitete Initiative, die seit 2015 jeden September überall in Europa stattfindet. Alle Bürger/-innen sowie öffentlichen und privaten Organisationen sind eingeladen, an einer Konsultation der Kommission zur Evaluierung der Initiative teilzunehmen. Zur Umfrage, die bis 18. Mai geöffnet ist, gelangen Sie hier: <http://bit.ly/2FoOcll>

Konsultation zum Kulturerbe-Siegel

Bis 24. Mai möchte die EU-Kommission von allen interessierten Bürgern und Organisationen wissen, welche Rolle das Europäische Kulturerbe-Siegel dabei spielen kann, die Europäer näher an die Union heranzuführen. Besonders willkommen sind Beiträge von Personen, die bereits mit dem Kulturerbe-Siegel ausgezeichnete Stätten besucht haben oder als deren Mitarbeiter tätig sind. <http://bit.ly/2oYAgH1>

Aus dem Europäischen Parlament

Mehrjähriger EU-Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021-2027

„Ohne eine Reform des Eigenmittelsystems sehe ich schwarz“

Wir haben unsere Forderungen für den mehrjährigen EU-Haushalt nach 2020 verabschiedet.

Wir wollen die Beitragszahlungen der Mitgliedsländer und damit der Steuerzahler um 50 Prozent herunterfahren und dafür ausgewählte EU-Steuern einführen. Das schafft mehr Gerechtigkeit und Rechtssicherheit! Der neue MFR sollte unserer Meinung nach vor allem Begegnungen von Bürgerinnen und Bürgern, junge Menschen, kleine und mittlere Unternehmen sowie Forschung stärker unterstützen. Außerdem verlangen wir genügend Mittel für neue Herausforderungen wie Migration, Verteidigung, Sicherheit, Schutz der Außengrenzen oder Klimawandel. Wir sind der Ansicht, dass die derzeitige Obergrenze für die Ausgaben der EU von 1,0 auf 1,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) angehoben werden muss. Nur so können diese neuen Schwerpunktbereiche finanziert werden, ohne dass die Unterstützung für die ärmsten Regionen oder der Agrarsektor darunter leiden müssen. Im Moment stehen wir vor der großen Herausforderung, dass wir nach dem Brexit jährlich 14 Milliarden Euro weniger im Topf haben werden. Ohne eine Reform des Eigenmittel-

systems sehe ich deswegen schwarz. Im Moment stammt das Geld für den EU-Haushalt zu etwa 80 Prozent aus den BNE- und Mehrwertsteuerbeiträgen der Mitgliedstaaten. Rund 14 Prozent kommen von traditionellen Eigenmitteln wie den Einfuhrzöllen aus Nicht-EU-Ländern. Diese gehen freilich aufgrund der allgemeinen Liberalisierung des internationalen Handels stetig zurück, wovon vor allem die Mitgliedstaaten und ihre Unternehmen profitieren. Einen noch kleineren Teil zum Haushalt tragen die von der EU-Kommission an Unternehmen verhängten Geldbußen und die Einkommenssteuern der EU-Bediensteten bei.

Die Idee von der Einführung neuer „echter“ Eigenmittel, wie zum Beispiel eine Finanztransaktionssteuer oder die von Haushaltskommissar Günther Oettinger vorgeschlagene Umwelt- und Digitalsteuer, trage ich mit. Eigenmittel verschaffen der EU eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit von den Regierungen der Mitgliedstaaten. Die EU-Kommission wird ihre Pläne dazu im Mai vorstellen. Ich bin gespannt, wie die Mitgliedstaaten (angesichts der immer neuen Aufgaben, die sie der EU zuschreiben) reagieren werden. Ohne ihre Zustimmung lässt sich das Eigenmittelsystem nicht reformieren.

EuGH weist Klagen von Jean-Marie Le Pen und Bruno Gollnisch zurück

Luxemburger Richter bestätigen: Kürzung der Gehälter ist rechtens

Die beiden rechtsextremistischen französischen Europaabgeordneten Jean-Marie Le Pen (ehemals Front National, FN) und das FN-Mitglied Bruno Gollnisch müssen dem EU-Parlament rund 600.000 Euro zurückzahlen, weil sie etwa 20 Mitarbeiter zum Schein beschäftigt haben. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die Klagen der beiden Abgeordneten zurückgewiesen und damit den Beschluss des Parlaments bestätigt. Dieses behält bereits seit 2016 einen Teil ihrer Bezüge ein, weil sie sich weigern, die geforderte Sum-

me zurückzuzahlen. Nach Schätzung unserer Verwaltung geht es um fünf Millionen Euro, welche in den Jahren 2012 bis 2017 an Parlamentsmitarbeiter des FN gezahlt wurden, die in Wahrheit für die Partei in Frankreich gearbeitet haben sollen. Auch die ehemalige Chefin der ENF-Fraktion (Europa der Nationen und der Freiheit), Marine Le Pen, muss sich den gleichen Vorwürfen stellen. Die EU-Antibetrugsbehörde „Olaf“ ist ihr schon seit langem auf den Fersen. Seit Anfang 2017 ermittelt die französische Staatsanwaltschaft.

ERASMUS+ nach dem Brexit: Nach aktuellen Angaben wird Großbritannien auch nach dem Vollzug des Brexits am 29. März 2019 noch bis Ende 2020 am Programm ERASMUS+ teilnehmen. Dies wurde jetzt in einer vorläufigen Übereinkunft über die Zahlungen des Vereinigten Königreichs an die Europäische Union beschlossen. Voraussetzung ist allerdings, dass ein gültiger Austrittsvertrag auch tatsächlich geschlossen wird.

Aus dem Europäischen Parlament

Digitale Dienstleistungskarte (Services e-Card)

„Den Bremsern geht es ums eigene Ego, nicht um die Unternehmen“

Die zuständige EU-Kommissarin, Elżbieta Bieńkowska, beantwortete Fragen, die ihren Vorschlag zur Einführung einer europäischen Dienstleistungskarte (Services e-Card) betreffen, bravourös.

Doch die aus meiner Sicht ideologisch verbohrteten Kolleginnen und Kollegen (auch aus Deutschland) wollten nicht verstehen, ja nicht einmal zuhören. Sie äußerten sich aber lautstark! Für das bessere Funktionieren des Binnenmarkts, quasi des Kernstücks der EU, ist in dieser Legislaturperiode noch nichts geschehen. Die Zeit ist längst überfällig, dafür zu sorgen, dass es für Selbständige sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nicht länger einfacher ist, in den USA ihre Leistungen anzubieten, als in einem Mitgliedsland der EU.

Nicht immer, aber häufig dauert es heute bis zu sieben Jahre, bis eine Genehmigung auf dem Tisch liegt. Hieraus erwuchs die Idee, Selbständigen und KMU zu ermöglichen, schneller, billiger und einfacher an die Erlaubnis zu gelangen. Keine Doppelstrukturen, sondern ein Ansprechpartner für die Antragstellung im Heimatland und eine Stelle im Zielland sollten für die Ausstellung der digitalen Dienstleistungskarte zuständig sein. Der federführende Binnenmarktausschuss unterstützt grundsätzlich den Vorschlag, hat aber weitgehende

konkrete Änderungsvorschläge vorgelegt. Diese stellen klar, dass weder das Herkunftslandprinzip eingeführt werden soll, noch Bereiche des Arbeitsrechtes, der sozialen Sicherheit, des Gesundheitsschutzes oder der Tarifvereinbarungen umfasst sind. Mitgliedstaaten werden weiterhin das Recht haben, zwingende Gründe des Allgemeinwohls geltend zu machen, um Bewerber abzulehnen. Baudienstleistungen sollen wie von einigen gefordert zunächst vom Anwendungsbereich ausgenommen werden.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) unterstützt das Ziel der EU-Kommission, mit der digitalen Dienstleistungskarte alle Formalitäten mit nur einer Koordinierungsbehörde in der Heimatsprache erledigen zu können. Das hilft wirklich, Bürokratie rund um die Dienstleistungserbringung abzubauen.

Der DIHK erwartet einen Erfolg der e-Card, wenn Vorschlagsmängel beseitigt werden! Deshalb fordert er die EU-Kommission, das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten auf, am Kommissionsentwurf notwendige Änderungen vorzunehmen, damit die e-Card möglichst zügig mit einem guten Ergebnis eingeführt werden kann. Ich kann mir nur vorstellen, dass es den Bremsern nicht um die Unternehmen, sondern nur um das eigene Ego geht.

Grenzüberschreitende Paketdienste: EU-Parlament verabschiedet neue Verordnung

Website zum Preisvergleich von Paketzustellungen wird eingerichtet

Bisher gibt es erhebliche Unterschiede bei den Versandkosten für Pakete zwischen Inland und EU-Ausland.

Dabei spiegeln die aktuellen Tarife nicht immer die wirklichen Kosten wider. Die Preise für Paketlieferungen zwischen EU-Mitgliedstaaten sind bis zu fünfmal höher als im jeweiligen Inland, was allein durch höhere Entfernungen kaum zu erklären ist. Wir EU-Abgeordneten haben nun dafür gesorgt, dass die Paketdienstleister ihre Tarifmodelle offenlegen müssen. Auf einer eigens dafür eingerichteten Website können die Verbraucher künftig die natio-

nen und grenzüberschreitenden Tarife vergleichen und sich für das beste Angebot entscheiden. Das wird hoffentlich ihr Vertrauen in grenzüberschreitende Einkäufe und den grenzüberschreitenden Versand stärken.

Indem sie zu einem gesunden Wettbewerb beiträgt, dürfte die neue EU-Verordnung auch dazu führen, unangemessene Unterschiede zwischen den Tarifen abzubauen. Die nationalen Behörden werden zudem ermächtigt, die Gebühren für Päckchen und Pakete zu prüfen, die unverhältnismäßig hoch erscheinen. Die Mitgliedstaaten müssen der Verordnung noch formell zustimmen, bevor sie in Kraft treten kann.

EU-Projekttag an Schulen

Am 4. Mai kommt „Europa“ deutschlandweit in die Schulen

Der diesjährige EU-Projekttag an Schulen findet am 4. Mai statt. Auch ich stelle mich gern als Partner für die Veranstaltungen zur Verfügung.



Jedes Jahr gehen deutschlandweit Politiker in Schulen und diskutieren mit Schülerinnen und Schülern über Europa. Ziel des Projekttag, dessen Datum vom Bund und den Ländern festgelegt wird, ist es, unter Mitwirkung der Abgeordneten das Thema Europa an die Schule zu bringen und auf diese Weise junge Leute für die Europäische Union zu interessieren. Der Aktionstag steht allen Schulformen und Altersgruppen offen.

Auch ich stelle mich gern als Gesprächspartner zur Verfügung, denn diese Veranstaltungen sind eine hervor-

ragende Gelegenheit, jungen Menschen die EU und ihre Vorzüge näherzubringen. Kontaktieren Sie einfach mein Weimarer Büro (info@europaabgeordneter.eu) oder rufen Sie mich an, dann können wir Näheres besprechen. Das Verfahren ist wirklich unkompliziert. Sie können den Schulbesuch individuell gestalten: eine Unterrichtsstunde in einer Klasse, eine Diskussion in der Aula oder im kleinen Kreis einer Politik-AG. Wichtig ist, dass die Schülerinnen und Schüler richtig diskutieren und ihre Fragen loswerden können.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat Ihnen zudem ein kostenloses Infopaket zusammengestellt. Sie können es hier bestellen: <http://www.bpb.de/eu-projekttag>. Weitere Informationen rund um den Projekttag erhalten Sie zudem auf der Website der Bundesregierung: <http://bit.ly/2FFDPJi>

„Weimarer-Dreieck-Preis“ für zivilgesellschaftliches Engagement ausgeschrieben

Engagement soll der Festigung des europäischen Geistes dienen

Der „Weimarer-Dreieck-Preis“ für zivilgesellschaftliches Engagement, der vom Verein Weimarer Dreieck e.V. zum siebten Mal in Kooperation mit dem Oberbürgermeister der Stadt Weimar vergeben werden soll, möchte Kontakte zwischen Jugendlichen aus Frankreich, Polen und Deutschland fördern und somit gegenseitiges Vertrauen, interkulturelles Lernen, Toleranz und Offenheit ermöglichen. Der Preis unterstützt die weitere Annäherung der Menschen in Europa sowie die eigene Verantwortung für die Schaffung einer friedfertigen und gerechten Welt. Dieses Engagement soll der Festigung des europäischen Geistes dienen, wobei dies durch multilaterale Koopera-

tionen und interkulturell-europäische Aktionen und Maßnahmen geschehen kann.

Einzelpersonen, Vereine und Institutionen sind eingeladen, sich mit innovativen trilateralen Projekten an der jährlichen Ausschreibung zu beteiligen und damit zu einem nachhaltigen Erleben des Weimarer Dreiecks auf zivilgesellschaftlicher Ebene beizutragen. Bewerbungsschluss ist der 30. April. Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie hier: <https://www.weimarer-dreieck.org/temine-2018/>



Neues Kooperationsinstrument für LEADER-Aktionsgruppen

Die Kontaktstelle des European Network for Rural Development (ENRD) hat ein neues Instrument für die CLLD-Partnersuche ins Netz gestellt. Es ermöglicht den Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) die Suche nach Kooperationsangeboten und Projektpartnern in ganz Europa. Interessierte LAGs können anhand der von ihnen bevorzugten Länder und Projektideen nach passenden Partnern suchen und sich direkt mit ihnen in Verbindung setzen.

https://enrd.ec.europa.eu/leader-clld/clld-partner-search_de

Service und Termine

★ „Zukunftsgut“-Preis der Commerzbank-Stiftung

Noch bis zum 31. März können sich Kulturinstitutionen in Deutschland für den „Zukunftsgut“-Preis der Commerzbank-Stiftung für institutionelle Kulturvermittlung bewerben. Es werden Einrichtungen ausgezeichnet, die kulturelles Erbe auf vorbildliche Weise einem breiten Publikum zugänglich machen. Der Preis ist mit 50.000 Euro dotiert. Die Ausschreibung finden Sie hier: <http://bit.ly/2FC2qma>

★ Konsultation zur EU-Bauprodukteverordnung

Bis zum 16. April konsultiert die EU-Kommission interessierte Bürger, Unternehmen, Verbände und Behörden zur EU-Bauprodukteverordnung. Diese enthält Vorschriften für die Bewertung der Leistung von Bauprodukten und für die Weitergabe der Bewertungsergebnisse. Bauprodukte, die nach den Vorschriften der Bauprodukteverordnung bewertet wurden, sind mit der CE-Kennzeichnung versehen. Die Konsultation wird in den Bewertungs- und Folgenabschätzungsbericht und den einhergehenden Legislativvorschlag einfließen, sofern die Bewertung ergibt, dass eine Änderung der EU-Vorschriften für Bauprodukte notwendig ist. <http://bit.ly/2G4NCsO>

★ eTwinning Plus-Seminar in Prag

Vom 1. bis zum 3. Juni bietet der Pädagogische Austauschdienst in Prag ein eTwinning-Seminar für Lehrkräfte an Grundschulen und Sekundarschulen an, die Schülerinnen und Schüler bis 15 Jahren unterrichten. Teilnehmende haben die Möglichkeit, Partnerschaften mit Schulen aus verschiedenen europäischen Ländern sowie eTwinning Plus-Staaten zu knüpfen. Die Tagungssprache ist Englisch. Anmeldeschluss ist der 3. April. Infos unter: www.kmk-pad.org/prag2018

★ Fundraising-Tage in Neubrandenburg

Die Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement Mecklenburg-Vorpommern organisiert am 27.

und 28. April in Neubrandenburg einen Fundraising-Tag, um Vereinen, Verbänden, Organisationen, Stiftungen und Kommunen Fördermöglichkeiten vorzustellen und sich über Engagementförderung auszutauschen. Neben praktischen Tipps zu Fundraising erhalten die Teilnehmenden Einblicke in verschiedene Förderprogramme – auch in »Europa für Bürgerinnen und Bürger«. Die Teilnahme ist kostenlos, um Anmeldung wird gebeten.

<http://bit.ly/2lupeCe>

★ Gastinstitution für griechische Stipendiaten gesucht

Bis 5. April können sich Soziokulturelle Zentren und Initiativen als zweimonatige Gastinstitution für griechische Stipendiaten des Programms „START-Create Cultural Change“ bewerben. Kulturmanager/innen, die gerade ihr Studium abgeschlossen haben, kommen mit einer Projektidee für Griechenland nach Deutschland, um Praxiserfahrung zu sammeln. In ihrer Gastinstitution lernen sie den soziokulturellen Arbeitsalltag kennen, setzen ein Mini-Projekt um, das bereits einen Teil ihrer großen Projektidee erprobt, und bewerben sich um Anschlussförderung zur Umsetzung dieses Projekts. Mehr Infos unter: <https://www.startgreece.net/how-join-program>

★ Freiwilligendienst mit „kulturweit“

Wer ab März 2019 für sechs oder zwölf Monate ein Freiwilliges Soziales Jahr im Ausland absolvieren möchte, hat bis zum 2. Mai die Chance, sich auf „kulturweit.de“ zu bewerben. Einen Freiwilligendienst mit kulturweit können Menschen im Alter zwischen 18 und 26 Jahren leisten. Während ihres Dienstes werden alle Freiwilligen pädagogisch begleitet und finanziell unterstützt. Einsatzstellen befinden sich in den Partnerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in Ländern des Globalen Südens, in Osteuropa und der GUS. Weitere Informationen finden Sie unter:

<https://www.kulturweit.de/>